

Adalah und Kayan: Gemeinsame Erklärung zum Internationalen Frauentag

Adalah und Kayan, adalah.org, 08.03.24

Heute, am 8. März 2024, begeht die Welt den Internationalen Frauentag. In diesem Jahr fällt dieser Tag in eine Zeit, in der palästinensische Frauen im Gazastreifen, der Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, und im Staat Israel mit Krieg, schwerer staatlicher Gewalt, Unterdrückung, Rassismus und Verfolgung durch das israelische Militär bzw. andere Behörden konfrontiert sind. Der sich ausbreitende Völkermord in Gaza zieht sich durch alle Lebensbereiche und hat katastrophale Auswirkungen auf Frauen und Mädchen.

Seit dem Beginn des Krieges am 7. Oktober 2023 hat *Adalah* einen beispiellosen Anstieg der Verhaftungen von Frauen mit israelischem Pass und palästinensischen Frauen, die in Jerusalem leben, wegen Meinungsdelikten dokumentiert. Diese Frauen sind in israelischen Hafteinrichtungen harten Bedingungen ausgesetzt, die von verbalen und körperlichen Misshandlungen geprägt sind.

Palästinensische Frauen und Kinder im Gazastreifen sind die Hauptleidtragenden der rücksichtslosen militärischen Angriffe des Staats Israel auf den Gazastreifen, die in ihrem Ausmaß und ihrer Schwere beispiellos sind. Daten von UN Women 1 zeigen, dass seit Oktober schätzungsweise 9.000 Frauen in Gaza getötet wurden und viele weitere unter den Trümmern liegen. Jeden Tag, an dem der Krieg weitergeht, werden durchschnittlich 63 Frauen und 37 Mütter getötet. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin sagte kürzlich in einer Anhörung im US-Kongress, dass mehr als 25.000 Frauen und Kinder in Gaza getötet wurden.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation ist eines von sechs Kindern unter zwei Jahren im nördlichen Gazastreifen stark unterernährt 2. Ihr Überlebenskampf wird durch die erzwungene Vertreibung, den Mangel an Nahrungsmitteln und Wasser sowie die Zerstörung der Infrastruktur stark beeinträchtigt. Frauen sind mit weiteren geschlechtsspezifischen Rechtsverletzungen konfrontiert, darunter das Fehlen einer angemessenen Gesundheitsversorgung für schätzungsweise 50.000 schwangere Frauen wegen der Zerstörung medizinischer Einrichtungen, einschließlich des fehlenden Zugangs zu postnataler medizinischer Versorgung für Frauen und ihre Babys, sowie ein Mangel an Hygieneartikeln und -einrichtungen.

Jeden Tag bringen rund 180 Frauen im Gazastreifen 3 ihr Kind zur Welt, ohne dass es eine angemessene Anästhesie, Schmerzmittel oder auch nur Wasser gibt. Grundlegende Dinge für Frauen wie

Damenbinden 4 sind nicht verfügbar, und die Frauen greifen auf Stoff, Zeltstreifen und Medikamente zur Geburtenkontrolle zurück, um mit den unzureichenden und unhygienischen Bedingungen zurechtzukommen. Außerdem haben diese unhygienischen Bedingungen zu Krankheiten und Infektionen bei den Frauen geführt.

Palästinensische Frauen, Bürgerinnen des Staates Israel (*PWCI*), sind mit ganz anderen Hindernissen konfrontiert; sie sind einer Welle schwerwiegender politischer Repression und staatlicher Gewalt ausgesetzt. Seit dem Beginn des Krieges am 7. Oktober 2023 hat *Adalah* einen beispiellosen Anstieg der Verhaftungen von Frauen mit israelischem Pass und palästinensischen Frauen, die in Jerusalem leben, wegen Meinungsdelikten dokumentiert. Diese Frauen sind in israelischen Hafteinrichtungen harten Bedingungen ausgesetzt, die von verbalen und körperlichen Misshandlungen geprägt sind.

Dutzende von Studentinnen an israelischen Universitäten sind von ungerechtfertigten Disziplinarmaßnahmen betroffen, während weibliche Berufstätige, darunter Ärztinnen, Krankenschwestern, Künstlerinnen und Professorinnen, von ihren Arbeitsplätzen entlassen wurden, nachdem in den sozialen Medien öffentliche Hetzkampagnen gegen sie gestartet wurden.

Kayan erhielt nach dem 7. Oktober 630 Anrufe über seine Telefonberatung. Diese Anrufe kamen von Frauen (73 %) und Männern (27 %), die wegen Verletzungen ihrer Arbeitsrechte besorgt waren. Mehrere Anrufer, vor allem Frauen, berichteten, dass sie am Arbeitsplatz von ihren jüdisch-israelischen Kollegen bedroht wurden, die sie unter Druck setzten, den Krieg zu befürworten, ihre Unterstützung für den Staat Israel zum Ausdruck zu bringen und/oder ihre Empathie für den Gazastreifen zu verleugnen. Darüber hinaus drohten die jüdisch-israelischen Kollegen damit, der Familie des palästinensischen Beschäftigten private Informationen über ihre sexuelle Orientierung oder über ihre romantischen Beziehungen zu offenbaren. Diese Art von Drohungen, Belästigungen und Nötigungen schaffen ein äußerst feindseliges Arbeitsumfeld und können in einigen Fällen das Leben und die Sicherheit des Angestellten bedrohen.

Palästinensische Bürgerinnen im Staat Israel berichten im Internet über Belästigungen sowohl durch jüdisch-israelische Bürger als auch durch Regierungsbeamte. *Doxing*-Kampagnen gegen palästinensische Aktivisten, die Bürger des Staates Israel sind, sind zu einem weit verbreiteten Phänomen geworden, das die Sicherheit dieser Personen gefährdet. Der israelische rechtsextreme, ultranationalistische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, hat beispielsweise mehrfach Fotos von palästinensischen Frauen veröffentlicht, die in Polizeigewahrsam vor israelischen Flaggen festgehalten wurden, mit dem klaren Ziel, ihre Bilder zu verbreiten und sie öffentlich im Internet zu demütigen.

Israelische Universitäten und Hochschulen haben palästinensische Studenten, die israelische Staatsbürger sind, mit scharfen Disziplinarmaßnahmen belegt, weil sie sich gegen den Krieg ausgesprochen haben. Junge Frauen sind davon unverhältnismäßig stark betroffen und stellen eine deutliche Mehrheit der Betroffenen dar. Wie *Adalah* auf der Grundlage ihrer rechtlichen Vertretung der Studenten in den letzten vier Monaten sowie ihrer allgemeinen Beobachtung dokumentierte, wurden überwältigende 79 % der Disziplinarmaßnahmen gegen weibliche Studenten (insgesamt 88 Studenten) verhängt, verglichen mit 21 % gegen männliche Studenten (23 Studenten). Darüber hinaus sind

palästinensische Studentinnen extremen Verleumdungs- und Hetzkampagnen auf verschiedenen Plattformen durch jüdisch-israelische Studentengruppen ausgesetzt, die völlig ungestraft bleiben. Diese selektive Verfolgung fügt den palästinensischen Studentinnen erheblichen Schaden zu und behindert ihre akademischen Erfolge. Abgesehen von den unmittelbaren Auswirkungen auf ihre Ausbildung verletzen diese Disziplinarmaßnahmen grundlegende Rechte, die von mehreren internationalen Instrumenten geschützt werden, einschließlich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und des CEDAW, die der Staat Israel ratifiziert hat, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf Zugang zu Bildung, wodurch ein Kreislauf der Ungleichheit für eine Gruppe fortgesetzt wird, die bereits durch systemische Diskriminierung und staatliche Unterdrückung gefährdet ist - palästinensische Frauen, die Bürgerinnen des Staates Israel sind.

Von den 271 Fällen von Verhaftungen, Verhören oder „Warngesprächen“, die *Adalah* seit dem 7. Oktober dokumentiert hat, betrafen mindestens 68 (27 %) Palästinenserinnen mit israelischer Staatsangehörigkeit. Viele dieser Frauen sind jung, oft Studentinnen, und haben keine Vorstrafen. Die überwältigende Mehrheit dieser Verhaftungen steht im Zusammenhang mit ihren Beiträgen in den sozialen Medien und basiert auf Anklagen wegen angeblicher „Aufstachelung zum Terrorismus“ oder „Identifikation mit einer terroristischen Organisation“ gemäß dem israelischen drakonischen Anti-Terror-Gesetz von 2016. Nach Ansicht von *Adalah* handelt es sich bei den meisten dieser Beiträge um geschützte Meinungsäußerungen, die weit unter jeder Strafbarkeitsschwelle liegen und weit davon entfernt sind, als Terrorismus zu gelten. Einige dieser jungen Frauen wurden über längere Zeiträume inhaftiert, die von den Gerichten immer wieder verlängert werden, oft in den extrem überfüllten Sicherheitsabteilungen der israelischen Gefängnisse.

Während der Verhaftung waren viele dieser Frauen auch der Brutalität der Polizei ausgesetzt, darunter dem Verbinden der Augen, gewaltsamen Verhaftungsaktionen mitten in der Nacht und Leibesvisitationen. *Adalah* hat ernsthafte Bedenken wegen der extremen Gewalt der israelischen Strafverfolgungsbehörden bei Verhaftungen und in Haftanstalten geäußert. Viele Palästinenserinnen mit israelischem Pass wurden in Sicherheitsabteilungen untergebracht, wo die Bedingungen wesentlich schlechter sind als in den allgemeinen Bereichen für Gefangene. 5

Ihnen wurde und wird das Recht verweigert, mit ihren Familien in Kontakt zu treten, und den Familien ist es untersagt, persönliche Gegenstände, einschließlich Kleidung und Medikamente, zur Verfügung zu stellen. Diese Frauen dürfen ihre Zellen nur eine Stunde pro Tag verlassen und haben keinen Zugang zu angemessenen oder manchmal gar keinen Hygieneartikeln. Die Verpflegung ist quantitativ und qualitativ unzureichend. Der israelische Strafvollzugsdienst verhängt diese Bedingungen aus oft unbegründeten und diskriminierenden Gründen, die einer politischen Verfolgung gleichkommen.

UN-Experten haben ihre ernste Besorgnis über die willkürliche Inhaftierung hunderter palästinensischer Frauen und Mädchen, darunter Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und humanitäre Helfer aus dem Gazastreifen und der Westbank seit dem 7. Oktober zum Ausdruck gebracht. Sie äußerten

sich auch besorgt über die unmenschliche und erniedrigende Behandlung in den Gefängnissen, die Verweigerung von Hygieneartikeln, Nahrungsmitteln und Medikamenten sowie über Berichte über schwere Schläge und sexuelle Gewalt. Palästinensische Frauen, die im Gazastreifen inhaftiert waren, wurden Berichten zufolge mindestens einmal in einem Käfig bei Kälte und Regen ohne Nahrung festgehalten.

All diese Handlungen verstoßen gegen internationale Menschenrechte, einschließlich der Internationalen Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und der Regeln der Vereinten Nationen für die Behandlung weiblicher Gefangener und für Maßnahmen ohne Freiheitsentzug für weibliche Straftäter, allgemein bekannt als die Bangkok-Regeln. Diese Normen und Richtlinien betonen die Notwendigkeit, auf die besonderen Bedürfnisse und Gefährdungen von weiblichen Gefangenen einzugehen, um ihre Sicherheit, Gesundheit und ihren Zugang zu wichtigen Versorgungsleistungen zu gewährleisten.

An diesem Internationalen Frauentag fordern *Adalah* und *Kayan* ein Ende des Krieges und der Besatzung. Wir fordern außerdem die ungehinderte Bereitstellung von humanitärer Hilfe für den Gazastreifen und Rechenschaftspflicht. Wir betonen, dass alle Staaten die Pflicht haben, das Verbrechen des Völkermordes zu verhindern und nicht zu unterstützen oder zu begünstigen, wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, ihren rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

1 https://www.unwomen.org/en/news-stories/press-release/2024/03/press-release-9000-women-have-been-killed-in-gaza-since-early-october#_ftn2

2 <https://www.who.int/news/item/19-02-2024-children-s-lives-threatened-by-rising-malnutrition-in-the-gaza-strip>

3 <https://www.wsj.com/world/middle-east/women-in-gaza-give-birth-in-tents-and-public-bathrooms-be0a0c71>

4 <https://www.arabnews.com/node/2446221/middle-east>

5 <https://www.adalah.org/en/content/view/10946>

Quelle: <https://www.adalah.org/en/content/view/11061>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de